

Berliner Tageblatt



Nr. 55

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 2. Februar 1927

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Hoffe in Berlin.

Die Krisis in Hankau.

Der Abbruch der England-Hankau-Verhandlungen.

Gefahr für die chinesischen Anleihen?

(Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 2. Februar.

Die englische Chinapolitik hat eine Reihe schwerer Schläge erlitten, und zwar nicht nur im Süden, sondern auch im Norden, so daß es heute zweifelhaft ist, wo es den Engländern schlechter ergeht. Es bestätigt sich, daß Tschu die Verhandlungen mit O'Malley abgebrochen hat, und zwar unter der Begründung, daß er nicht mit England verhandeln könne, solange dieses Truppen auf chinesischen Grund und Boden zusammenziehe. Außerdem hat, wie schon gemeldet, die Peking-Regierung nachdem sie bereits feierlich Protest gegen die Landung englischer Truppen in Schanghai eingeleitet hatte, den Generalinspekteur der chinesischen Seezölle Sir Francis Aglen entlassen. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß man hier bei aller Enttäuschung über Tschus der Abkehr Aglens vorläufig die größere Bedeutung beimißt. Der Grund hierfür ist, daß die Wirkung des letzten Schrittes sich unmittelbar bemerkbar macht, und zwar, wie allgemein gemeldet wird, in einer beginnenden Deroute des chinesischen Anleiheemarktes. Obwohl die Peking-Regierung sich sofort beeilte, bekanntzugeben, daß die fremden Anleihen in keiner Weise durch die Entlassung Aglens beeinflusst würden, gingen die Kurse der chinesischen Schuldverschreibungen stark herab. Der Markt vollzieht von Veräußerungen, denen keine Käufer gegenüberstehen, da diese die Entlassung Aglens als Beginn des Zusammenbruchs der fremden Zollverwaltung Chinas beurteilen. Bedeutet man, daß ungefähre 150 Millionen Golddollars an englischem Kapital, die durch die chinesischen Zölle gedeckt sind, auf dem Spiele stehen, so ist die Unruhe Englands begründet. Wahrscheinlich allgemein angenommen wird, daß die Peking-Regierung auf Verreiben Tschangsfolius die Entlassung Aglens vornahm, wünscht Tschangfolius, dem Peking-Vertreter der „Morning Post“ zufolge, von England eine Kasse von 20 Millionen Pfund zu erhalten, deren Deckung die Washingtoner Zuschlagsscheine bilden sollen.

Mit auffällender Ruhe wird, wenigstens bis jetzt, der Zusammenbruch der Hankauer Verhandlungen beurteilt. Soweit die Lage heute übersehen werden kann, fehlt es hier durchaus an Schreckensmächten. So warnt „Daily Express“ vor jeder Alarmierung, und auch „Times“ bitten ihre Leser, mit ihrem Urteil zurückzuhalten. Denn nichts sei endgültig, und am allerwenigsten in China, wo die Lage stets auf weite Sicht beurteilt werden müsse, und wo man sich hüten müsse, Zwischenfällen und Rückschläge eine zu große Bedeutung beizumessen. Die Grundzüge des englischen Memorandums würden durch die gegenwärtigen Ereignisse in keiner Weise beeinflusst. Den eigentlichen Urheber des Hankauer Mißerfolges sehen „Times“ und mit ihr die meisten übrigen Blätter nicht in Tschu, sondern in Borodin. Tschu habe sich langsam gewandt, daß englische Truppen nach China unterwegs wären, und doch habe er weiter mit O'Malley verhandelt. Wenn er jetzt plötzlich die Verhandlungen abbröche, so ist dies zweifellos ein Trick Borodins. Tschu sei wohl überhaupt kein freier Mann mehr. Ebenso urteilt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, der in dem Abbruch der Hankauer Verhandlungen nur die Hand Moskaus erblickt, während der sozialistische „Daily Herald“ seine Warnung bestätigt findet, daß nichts einen erfolgreichen Ausgang der Hankauer Verhandlungen mehr gefährden könne als die Truppenlandungen, gegen die auch MacDonald bei aller Anerkennung der Chamberlain'schen Politik Einspruch erhoben hat. Aber die russische Politik in China hat sich der bis jetzt stellvertretende Geschäftsträger der Sowjetrepublik, Rosenholz, leugnet, daß Rußland darauf ans sei, den englischen Einfluß in China zu zerstören. Rußland wolle lediglich die Unab-

hängigkeit Chinas, zu welchem Zweck es selbst Opfer gebracht habe, wie die Aufgabe der Exterritorialitätsrechte. Borodin, bemerkte Rosenholz, sei kein russischer Agent, sondern ein Privatmann, der auf eigene Faust in China tätig sei, so daß Sowjetrußland nicht für ihn verantwortlich gemacht werden könne. Auch die russischen Instruktionen der Kantonnarmer seien freiwillig.

Den einzigen Trost in der äußerst unerfreulichen Lage Englands findet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ darin, daß Amerika ziemlich übereinstimmender Meinung mit England sei, und daß auch die japanische Presse freundlicher werde. Der Korrespondent bestätigt, daß Chamberlains Vorschläge sich nicht auf Schanghai beziehen, wo die Fremden keine Konzeption, sondern eine internationale Siedlung besitzen.

Peking, 2. Februar. (W. T. B.)

Die britische Gesandtschaft hat bei dem Minister des Äußeren gegen die Entlassung des Generalinspektors der Seezollverwaltung, Sir Francis Aglen, Protest erhoben.

New-York, 2. Februar. (W. T. B.)

Die Associated Press aus Hankau meldet, daß die Kantong-Regierung amtlich ihre Bereitwilligkeit erklärt, einen neuen Vertrag mit Großbritannien zu unterzeichnen, sobald die britischen Truppen aus Schanghai zurückgezogen sind.

Englische Zustimmung zu Chamberlains Chinapolitik.

Reden MacDonnalds, Cecilis und Greys.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 2. Februar.

Wie beunruhigt man hier trotz aller inneren Selbstdisziplin über die Lage in China ist, zeigt die Tatsache, daß kein Tag vergeht, ohne daß eine Reihe führender Staatsmänner Chinas reden halten. Bemerkenswert ist, daß der Oppositionsführer Mac-Donald dem Außenminister wärmste Anerkennung zollt und volle Unterstützung verspricht, und lediglich die militärischen Demarchen tadelt. Man stelle sich einmal, bemerkt MacDonald, den Vorteil eines amerikanischen oder deutschen Geschäftsfreisendens vor, deren Länder nicht mit dem Odium der Transporttransporte belastet seien. Lord Cecil bedauert in einer Ansprache im Damen-Carlton-Club, daß man zum Teil in China verloren habe, und daß seit einigen Jahren alle Konferenzen erfolglos verlaufen. Was den Weltkrieg betreffe, so wisse dieser überhaupt nicht, ob China noch eine Regierung habe, und darin bestche die Hauptverantwortung für die Beschaffenheit des Weltkrieges bei den Chinesen. Auch das liberale Oberhausmitglied Lord Grey, der im Hotel Cecil sprach, vertritt sich nicht von einem Eingreifen des Weltbundes. Denn die chinesischen Wirren gingen aus einem Bruderkrieg, das heißt auf eine innere Angelegenheit zurück, für die der Weltbund ein für allemal nicht zuständig sei; sodann aber sei Moskau, der Rotgeber Kantons, durchaus völkerbündnisfeindlich. Sollte jedoch China selbst den Weltkrieg anrufen, so glaube er, daß dies allgemeine Zustimmung finden werde. Bis dahin, fuhr Lord Grey fort, müsse man sich damit trösten, daß wenigstens der Weltkriegsgegenwart für sich gemacht habe. Vor zwanzig Jahren noch hätten Ereignisse wie die von Hankau einen Sturm der öffentlichen Meinung erregt, und jedermann hätte ein energieloses Eingreifen der Regierung gefordert. Jetzt werde die Regierung nicht mehr, ihren eigenen Truppen einsparig, sich der Anwendung von Gewalt zu enthalten, solange dies nur irgend möglich sei. Lord Grey gab schließlich zu, daß die chinesischen Verträge veraltet und reviditionsbedürftig seien.

Man sieht, daß alles in allem, die Regierung auf eine beinahe allseitige Zustimmung der englischen öffentlichen Meinung zu den Chamberlain'schen Vorschlägen rechnen kann. Auch Thomas hat sich in diesem Sinne ausgesprochen. Seitens der Arbeiterpartei wird lediglich der zu große Aufwand an militärischen Vorbereitungen kritisiert. Somit aber besteht auch hier keine allzu schroffe Opposition gegen die Regierung.

Die Finanzwirtschaft Wiens.

Der Sturm gegen Breitner.

Von

Dr. Friedrich Hertz.

Wien, Anfang Februar.

Ein Fremder, der in den letzten Monaten gewisse einflußreiche Wiener Blätter zu Gesicht bekam, muß den Eindruck gewonnen haben, daß in Wien eine Art finanzieller Bolschewismus ausgebrochen sei. In Leitartikeln und Protest-resolutionen tobte ein Sturm der Empörung gegen den Finanzreferenten der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung, Stadtrat Hugo Breitner, der mit hemmungsloser Phantasie als „Steuerempir“ und „Steuerfädel“ hingestellt wird, in dessen Krallen der unglückliche Steuerträger verblute. Selbst wenn man den in Österreich einmal üblichen demagogisch-theoretischen Aufspatz ignoriert, so bleibt doch die Frage ernstlich zu prüfen, ob tatsächlich eine Uebersteuerung vorliegt, die die Kapitalneubildung und damit die wirtschaftliche Wiederaufrichtung verhindert.

Es liegt nahe, die Budgets 1913 und 1927 zu vergleichen, wobei aber zu beachten ist, daß die Gemeinde Wien jetzt eine selbständige Provinz (Land) ist, so daß auch die Landesabgaben der Vorkriegszeit einbezogen werden müssen. Ferner hat die Stadt natürlich eine Menge Einnahmen, die mit der Frage nichts zu tun haben, so Erträge aus Vermögen, aus nicht monopolartigen Gemeindebetrieben (Bierbrauereien, Versicherung, Leichenbestattung, Blatlieferung usw.), aus Einnahmen der Spitäler und dergleichen mehr. Zählt man die eigenen Gemeindeabgaben, die Zuschläge zu und die Anteile an Bundesabgaben, sowie die Reingewinne der großen Monopolunternehmungen (Gas, Elektrizität, Straßenbahn, Wasser) zusammen, so ergibt sich in heutigen Schillingen für 1913 eine Bruttoeinnahme von 227,26 Millionen, für 1927 eine solche von 274,34 Millionen. Die Bevölkerungszahl hat aber abgenommen. Auf den Kopf der Zivilbevölkerung entfielen damals 113,4 Schilling, jetzt 146,5 Schilling. Die Steigerung beträgt also 29,1 Prozent, bei einer Steigerung des Großhandelsindex von 27 Prozent, des Industrieindex von 42 Prozent und des Lebenskostenindex von bloß vier Prozent (Mieterschuh).

Die Besteuerung hat sich also tatsächlich um wenig mehr gehoben als das allgemeine Preisniveau. Aber selbstverständlich wird infolge der allgemeinen Nachkriegsverhältnisse jede Abgabe heute viel drückender empfunden als früher. Den sieht gegenüber, daß der Krieg auch eine bedeutende Steigerung der unumgänglich notwendigen Aufwendungen für soziale Zwecke herbeigeführt hat. Sodann hat sich die Art der Steuer-aufbringung geändert. Vor dem Kriege stammte der weitaus größte Teil der Gemeindeeinnahmen aus der Besteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen, insbesondere des Wohnens und der großen Konsumartikel, sowie aus den Gewinnen der städtischen Monopole. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung hat dagegen diese Abgaben überwiegend aufgehoben. Die Monopole führt sie so, daß Gas, Elektrizität, Wasser, Straßenbahn viel billiger sind als vor dem Kriege und in allen anderen Städten (z. B. in Berlin), unter bewußtem Verzicht auf Reingewinn. Ihre Einnahmen besteht sie teils aus der Beteiligung an gewissen staatlichen Abgaben (104,5 Millionen), teils aus eigenen Gemeindeabgaben (161,3 Millionen). Zu diesen letzteren gehört ein sehr reich entwickeltes System vorwiegend der Luxusabgaben, wobei allerdings der Begriff des Luxus ziemlich weit gezogen ist. Sie belasten hauptsächlich größere Wohnungen, Kulturfestivals, bessere Restaurants, Fremdenzimmer, Haushaltungen mit zahlreichen Hauspersonal, Automobile, Herde, Hunde. Diese Abgaben bringen 74,3 Millionen. Die Sätze sind in der Regel nicht übermäßig, obwohl sie in den höheren Stufen teilweise stark ansteigen. Man hat aber noch nicht gehört, daß welche Leute an der Besteuerung der Nachtlokale oder der Automobile zugrunde gegangen sind. Es ist bemerkenswert, daß die Zahl der Privatautos sich gegen 1913 verdoppelt hat und auch im letzten Jahr wieder gestiegen ist. Die Zahl der Motorräder, die wie Lastautos ganz steuerfrei sind, ist seit zwei Jahren auf weit mehr als das Doppelte gestiegen, nämlich von 3518 auf 7822! Auch die Spartaneinlagen wachsen andauernd bedeutend, was nicht auf Verarmung hindeutet. Daß der Wiener Fremdenverkehr noch nicht zugrunde gegangen ist, erhellt daraus, daß die Zahl der in Hotels beherbergten Fremden im Jahre 1926 wieder gestiegen ist, und zwar auf 535 188 gegen 533 427 im Vorjahr. Hierunter waren 348 657 Ausländer, während Berlin mit seiner rund doppelt so großen Bevölkerung nur etwa 200 000 ausländische Fremde zählte.

Weiters besteht die Gemeinde eine Abgabe von allen Schöhen, die normal 4,06 Prozent, für Banken 8½ Prozent beträgt und 68 Millionen einbringt. Schließlich gibt es noch Abgaben auf Grundvermehrung, Paläste und Inzerate, Feuerversicherung, Jubiläumsgelder, Konzessionen, sowie eine Zwecksteuer für den Ausbau der Wasserkräfte auf Gas und elektrischen Strom. Jede dieser Steuern bringt nur einen relativ geringen Betrag ein. Relativ hoch ist die Steuer auf Zeitungs-inzerate großer Flugblätter und auf öffentliche Ankündigungen. Das städtische Finanzsystem rechtfertigt also nicht die erschöpfenden Angriffe mancher Blätter, die es als unbedeutend katastrophal schildern, obwohl natürlich Härten vorkommen. Die Hauptfrage liegt auf dem Gebiete der Ausgaben. Sind diese durchweg nötig und nützlich? Das argentinische Für-jorge weisen, das der Wohlhabendste Professor Landler ausgebaut hat, führt auf wenig Kritik. Um so leidenschaftlicher richtet sich die Opposition gegen die Aufwendungen für Bauprogramme. Die Gemeinde führt nämlich ein reiches Wohnbauprogramm durch, das über 100 000 Menschen

Vor der großen Aussprache im Reichstag.

Heute Kabinettsitzung über die Regierungserklärung.

Reichstanzler Dr. Marx hat nunmehr den Wortlaut der Regierungserklärung, die er morgen um zwei Uhr vor dem Reichstag abgeben will, formuliert. Der Wortlaut ist heute vermittelt den Mitgliedern des Kabinetts zugegangen. Heute nachmittags um vier Uhr tritt das Reichskabinett zusammen, um darüber Beschluß zu fassen. Wie wir erfahren, wird die Regierungserklärung ziemlich umfangreich sein. Sie wird sich im wesentlichen auf den Klistischen aufbauen, die zwischen den neuen Regierungsparteien vereinbart worden sind, ergänzt durch die Erklärung zu den Fragen der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, über die Dr. Brauns und Dr. Curtius in den Tagen vor der Ernennung des Kabinetts verhandelt haben. Die Frage, ob die Regierungsparteien sich mit einer gemeinsamen Erklärung begnügen, ist noch offen. Wahrscheinlich wird aber doch wohl jede Fraktion für sich Stellung nehmen. Nach allgemeinem Brauch wird sich morgen nach der Regierungserklärung der Reichstag verlagern, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zur Kanzlerrede Stellung zu nehmen. Es ist deshalb anzunehmen, daß die große Aussprache am Freitag vormittag beginnt. Möglich ist aber auch, daß das Haus bereits am Donnerstag Spätnachmittag, etwa um 5 Uhr, die Debatte über die Regierungserklärung beginnt. Am

Sonnabend nachmittag wird sie mit der Abstimmung über das Vertrauensvotum, das von den Regierungsparteien eingebracht wird, abgeschlossen werden.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann tritt Anfang der nächsten Woche, nach Abschluß der großen Aussprache im Reichstag, seinen wiederholt geplanten Erholungsurlaub an, den er im Süden, an der Riviera, verbringen wird.

„Gehler ist als Zentrumsmann zu betrachten.“

Aus einem Telefongespräch.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Darmstadt, 2. Februar.

In der Reihe von politischen Vorträgen, die die demokratische Partei gegenwärtig in Hessen veranstaltet, sprach gestern Abgeordneter Kozell über die neue Reichsregierung. Kozell teilte unter anderem mit, daß er durch Zufall gefahren in ein telephonisches Ferngespräch geriet, das mit dem Redakteur des Winger Zentrumsblasses geführt wurde, wobei dieser die Meinung äußerte, daß Gehler fortan als Zentrumsmann zu betrachten sei, eine Instruktion, die bereits gestern von der Zeitung befolgt wurde.

(Siehe auch Seite 3.)